

Mitteilungsblatt

DIE LINKE. PDS
Stadtverband Leipzig

5. Ausgabe – 16. Mai 2006

Schluss mit den „Reformen“ gegen uns!

Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 3. Juni 2006 in Berlin

Die deutschen Regierungen sind seit Jahren die Motoren in Europa, die Massenentlassungen, Verarmung, Abbau sozialer Grundrechte, Arbeitnehmerrechte zugunsten der Profitinteressen der europäischen Konzerne vorantreiben. Sei es die Verabschiedung des „Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ (Lissabon 2000) auf europäischer Ebene, oder sei es die Verabschiedung der „Agenda 2010“ mit den Hartz-Gesetzen auf nationaler Ebene: Überall wird das Ziel verfolgt, den größten Sozialabbau seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs durchzuführen. In Deutschland soll dies nach dem Willen des Kapitals u.a. mit der systematischen Absenkung der Löhne um bis zu 30 % und der entsprechenden Absenkung der Arbeitslosenunterstützung erreicht werden.

Die Große Koalition aus Union und SPD plant eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre, eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung, die Verlängerung der Probezeit auf zwei Jahre und den Ausbau von Kombilöhnen. Gleichzeitig sollen Erwerbslose einer schikanoösen Kontrolle unterworfen werden, bei erwerbslosen jungen Erwachsenen werden die Unterhaltsverpflichtungen der Eltern ausgedehnt, und die Rentenversicherungsbeiträge von Alg II-Beziehenden werden halbiert. Damit die Gewinnsteuern weiter gesenkt werden können, soll die Mehrwertsteuer erhöht werden. Öffentliche Ausgaben für Bildung, eine soziale und kulturelle Infrastruktur werden weiter in den Keller gehen.

Wenn es darum geht, Profite zu maximieren, werden der Abbau demokratischer Rechte, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung von Millionen sowie

ökologische Katastrophen bewusst in Kauf genommen.

Dagegen wehren wir uns!

Wir sehen explodierende Gewinne bei Unternehmen, die gleichzeitig den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen in ihren Bilanzen als Erfolg verzeichnen.

Dagegen wehren wir uns!

Die österreichische Regierung, die zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft hat, will während ihrer Vorsitzzeit die EU-Dienstleistungsrichtlinie durchpeitschen und abgeschlossen haben. Dies wäre ein weiterer Meilenstein des neoliberalen Umbaus der EU. Insbesondere das „Herkunftslandprinzip“ dieser sog. „Bolkesteinrichtlinie“ würde zu einem grenzenlosen Dumping von Löhnen, sozialen und Umweltstandards führen.

Dagegen wehren wir uns!

Mit großer Sorge verfolgen wir die Debatte um den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Umfassender Kontrolle und Überwachung sowie der Verletzung der Persönlichkeitsrechte wird so ein weiteres Drohpotential hinzugefügt.

Gleichzeitig beteiligt sich die Bundesregierung an den massiven Kriegsdrohungen gegenüber dem Iran bis hin zur Akzeptanz eines atomaren Einsatzes. Damit wird die Militarisierung der Weltpolitik unter dem Vorwand des „Antiterrorkrieges“ fortgesetzt.

Dagegen wehren wir uns!

Wir fordern den sofortigen Stopp der Umverteilung von Unten nach Oben. Dies geht nur mit einer radikalen Abkehr von der bisherigen Sozial- und Wirtschaftspolitik, deshalb fordern wir konkret:

- Ein gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 10 Euro / Stunde

- Ein ausreichendes, garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfungen; im 1. Schritt die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II auf mindestens 500,- Euro plus volle Kosten der Unterkunft

- 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, statt Arbeitszeitverlängerung!

- Die sofortige Rücknahme der Agenda 2010 und der Hartz-IV Gesetze. Keine Zwangsumzüge!

- Ein einheitliches und bedarfsdeckendes Gesundheits- und Sozialsystem

- Einheitliche Sozialstandards auf hohem Niveau in ganz Europa

- Die sofortige Rücknahme aller Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer

- Den uneingeschränkten Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen ohne Studiengebühren und Eliteuniversitäten.

- Den sofortigen Stopp der geplanten Privatisierungen öffentlichen Eigentums und der Sozialversicherungssysteme.

- Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen.

- Stopp aller Kriegsvorbereitungen!

Mit der bundesweiten Demonstration am 3. Juni 2006 knüpfen wir an die großen Mobilisierungen gegen den sozialen Kahlschlag der letzten 2 Jahre an. Wir wehren uns gemeinsam gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg am 3. Juni in Berlin!

Weitere Informationen unter:
www.protest2006.de

Eine starke Linke kann das Land verändern

Eindrücke von der 1. Tagung des 10. Parteitages in Halle

Getragen, dafür aber um so mächtiger, rief die Orgel die Delegierten der 1. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS in die Georg-Friedrich-Händel-Konzerthalle.

Wie auch bei anderen Parteitagungen waren die Hallenser gute Gastgeber. Ei-

den von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine am Sonntag in Halle fast ein Heimspiel. Wer dachte, dass Gregor nach seinen Auftritten auf den Tagungen des 9. Parteitags nicht mehr steigerungsfähig wäre, wurde eines besseren belehrt. Nach seinen Worten ist die Bil-



gentlich hätte die Tagung noch als 4. des vorangegangenen 9. Parteitages stattfinden können, jedoch wurde im Dezember in Dresden beschlossen, dass neu gewählte Delegierte mit einem klaren Votum für die Fusion den Bildungsprozess der neuen Partei auf gleicher Augenhöhe mit der WASG begleiten und Beschlüsse dazu fassen.

Zur gleichen Zeit, als die Linkspartei in Halle beriet, debattierten in Ludwigs- hafen die Delegierten der WASG über das Zusammengehen. Für Journalisten war deshalb nicht nur die Berichterstat- tung von der Saale von Interesse, son- dern auch die neuesten Informationen vom Rhein. Die Erleichterung nach dem bedeutsamen Beschluss der WASG, nicht mit getrennten Kandidaten, wie in die- sem Jahr in Ländern wie Berlin oder Mecklenburg anzutreten, war bei allen zu spüren. Dafür hatte sich Oskar Lafontaine am Sonnabend auf dem WASG-Parteitag mächtig ins Zeug ge- legt, nach dem auch die Vize-Vorsitzen- de der Linkspartei, Katja Kipping, Grü- ße überbracht hatte und am Abend be- reits ihren Auftritt zur erneuten Kandi- datur in Halle hatte. So waren die Re-

den der neuen gemeinsamen Links- partei eine „ungeheure gesellschaft- liche Chance“, die dieses Land selbst und seine Außenpolitik verändern kann. „Wir werden die Verhältnisse zum Tanzen bringen“ – so Oskar Lafontaine in Halle.

Dass darüber nicht nur gesprochen wird, zeigen die für das Jahr 2006 be- schlossenen Aufgaben und Initiativen der Linkspartei. Die neue Bundestags-

fraktion unterstützt diesen Prozess mit ihrer bundesweiten Kampagne zur Ein- führung von Mindestlöhnen, mit einer Programmdebatte für die neue Links- partei, mit der Fortführung des Partei- bildungsprozesses, mit den Wahlkämp- fen in Meckelnburg-Vorpommern, Ber- lin, Thüringen und Niedersachsen, mit der Gewinnung neuer Mitglieder, der Einbindung in außerparlamentarische Sozialforen und Bewegungen u. a. m.. Auch wenn es wegen zahlreicher Gäste sehr eng zuging, ein „Kuschel“-Partei- tag war Halle deshalb noch lange nicht. Für Aufregung hatte im Vorfeld der An- trag G 4 gesorgt, in dem die Antrag- steller ihre Zustimmung zum vollstän- digen Verkauf der Dresdner WOBAnach- träglich vom Parteitag legitimieren las- sen und bisherige Beschlüsse und Kon- sens aufweichen wollten. Nach einer Beratung in der Bundes-AG-Wohnen hatte der Verfasser ebenso wie die Kom- munistische Plattform und die AG Jun- ge GenossInnen aus Sachsen Änder- ungsanträge gestellt. Nach intensiven Konsultationen von Mitgliedern der AG Wohnen und der wohnungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen ent- stand ein erweiterter Ersetzungsantrag zum Dresdner WOBAntrag, der von Heidrun Bluhm und Katrin Kunert, bau- und wohnungspolitische bzw. kommunalpolitische Sprecherinnen der Frak- tion Die LINKE im Bundestag, einge- bracht wurde. Er enthält klare Positi- onen nicht nur für die Privatisierung von kommunalen Wohnungsunterneh- men, sondern auch für andere Unter- nehmen der kommunalen Daseinsvor- sorge. Während sich für den Antrag der



„WOBA-Verkäufer“ kein Delegierter erwärmen konnte, wurde der Ersetzungsantrag „Privatisierungswahn stoppen, kommunale Daseinsvorsorge erhalten!“ ohne Gegenstimmen bei einigen Enthaltungen angenommen. Die Enthaltungen kamen überwiegend zustande, weil ein Antrag der Kommunistischen Plattform mit großer Mehrheit abgelehnt worden war, der den Abschnitt streichen wollte, der Handlungsspielräume und Ausnahmen bei Wohnungsverkäufen aus dem Bestand unbedingt zu erhaltender kommunaler Wohnungsunternehmen definiert und ausdrücklich auch für Zukäufe wirbt. Auf „Wolke sieben“ lässt es sich wunderbar von einer tollen Welt träumen, nur entstehen Wolken, weil Wasser von

der Erde aufsteigt und nicht vom Himmel kommt. Mit dem Ersetzungsantrag sollten gerade Alternativen zum angeblich „alternativlosen“ vollständigen WOBA-Verkauf aufgezeigt werden. Anträge, die sich auf die innerparteilichen Diskussionen zu Menschenrechtsfragen und zur Zustimmung einzelner linker Abgeordneter zu einer EU-Erklärung gegen Kuba beziehen, sollen in den kommenden Monaten an der Basis diskutiert und auf einer der nächsten Tagungen des 10. Parteitags debattiert und beschlossen werden. Verabschiedet wurden die Delegierten durch die Internationale und Lieder der Arbeiterbewegung, gespielt vom Mitglied der Linkspartei Prof. Thomas-Walter Buchholz, der wie sein großes Vor-

bild J. S. Bach ebenfalls in Eisenach geboren wurde und heute einen Lehrstuhl für Komposition an der Musikhochschule Jerewan hat. Wer meint, die Orgel wäre ein Instrument, was extra für Kirchenmusik geschaffen wurde, liegt nicht richtig. Vielmehr wurde sie schon in der hellenistischen Antike bei Zirkus und Großveranstaltungen gespielt und man bediente sich ihrer im byzantinischen Kaisereich bei Hofzeremonien. Deshalb wird sie von der katholischen Kirche seit dem 8. Jahrhundert, nicht aber von der russisch- und griechisch-orthodoxen Kirche in der Liturgie genutzt. Sie in der heutigen Zeit auch bei Parteitag einer linken Partei zu spielen, ist daher nur logisch.

Siegfried Schlegel (Delegierter)

Beschluss des Stadtvorstandes vom 8. Mai 2006

Der Stadtvorstand der Linkspartei.PDS-Leipzig unterstützt die vom Parteivorstand initiierte und vom Parteitag in Halle beschlossene Mindestlohn-Kampagne mit folgenden Maßnahmen:

- Unterstützung bei der Schaffung eines lokalen Bündnisses/Netzwerk aller potentiell die Forderung nach Mindestlohn mittragenden Kräfte. Dabei soll besonders die Vernetzung mit den Gewerkschaften ver.di und NGG sowie die von diesen ebenfalls begonnene Mindestlohn-Kampagne gebündelt werden. Die dafür verantwortlichen Vertreter des Stadtverbandes sind: Michael Nimz und Walther Schäfer.

- Für diese Kampagne des Stadtverbandes werden alle Möglichkeiten der logistischen und materiellen Unterstützung für eine gemeinsame öffent-



lichkeitswirksame Mobilisierung zur Verfügung gestellt. Dazu wird mit sofortiger Wirkung ein Stützpunkt in der Braustraße eingerichtet.

- Am 30. Mai 2006 findet eine inhaltliche Auftaktveranstaltung „Das Konzept der Linkspartei.PDS zum Mindestlohn“ statt. Vorerst bis zum Oktober 2006 finden jeweils am 2. Mittwoch im Monat Informations- und Diskussionsveranstaltungen statt.

- Die zu bildende Kampagnegruppe „Mindestlohn“, die sich aus VertreterInnen des SV (Michael Nimz und Keith Barlow), der WASG, der AG Soziale Politik, der AG b&g und weiteren Interessierten zusammensetzt, wird bis zur Veranstaltung am 30. Mai 2006 eine Kampagneplanung vorlegen.

- In die Kampagne werden alle Gliederungen und Zusammenschlüsse des Stadtverbandes einbezogen.

Mindestlohn-kampagne

Wir laden alle, die sich aktiv in die Mindestlohnkampagne einbringen wollen, zu einer Diskussionsrunde mit Harald Werner (Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS) ein. Termin: Dienstag, den 30. Mai 2006, 18:00 Uhr Ort: Liebknecht-Haus, Braustraße 15, Dachgeschoß

*Margitta Klug / Walter Schäfer
(SprecherInnen der Leipziger AG b&g)*

„Kurze Wege für kurze Beine“

Unter diesem Motto hat der Verein „Zukunft braucht Schule“ am 8. April 2006 einen Volksantrag zur Verbesserung der Lernbedingungen für Sachsens Schüler beschlossen. Damit wird ein weiterer Versuch unternommen, den Schulschließungen in Sachsen zu begegnen, sowie generell darauf hingewirkt, dass auch trotz Schülerrückgang ein Schulwesen erhalten bleibt, das Chancengleichheit sichert, ist und für die Schülerinnen und Schüler eine wohnortnahe Schule gewährleistet. Die Linkspartei.PDS ist ein Bündnispartner und unterstützt diesen Volksantrag.

Die OV's und BO's der Linkspartei.PDS sind aufgerufen, ab sofort mit der Sammlung von Unterschriften zum Erfolg des Volksantrages beizutragen.

Die Listen zur Unterschriftssammlung sind in der Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus bei Steffi Deutschmann erhältlich und hier auch wieder abzugeben. Wir sollten in den nächsten Wochen aktiv dafür mit Sorge tragen, dass der Volksantrag seine 40.000 Unterschriften bekommt. *Cornelia Falken, MdL*

Der erste Mai in Polen

Festival zum Maifeiertag in Ruda Slaska und Maidemonstration in Dabrowa Gornicza bei Katowice

„Die kapitalistische Ordnung, in der wir leben, baut darauf auf, dass die Arbeiter in den Fabriken, in den Bergwerken und auf den Feldern ohne Rast arbeiten und dadurch riesengroßen Reichtum für die anhäufen, die jene Fabriken, Bergwerke und Felder besitzen, sie selbst dagegen verdienen kaum soviel, dass es zur Aufrechterhaltung des Lebens reicht.“

So beschrieb die Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauen, der auch Rosa Luxemburg angehörte, die Situation im Jahre 1900 in ihrer Proklamation zum ersten Mai. Der Redner der antiklerikalen Partei *Racja Polskiej Lewicy* (Recht der polnischen Linken) Daniel Ptaszek stellte auf der diesjährigen Maikundgebung in der schlesischen Bergarbeiterstadt Dabrowa Gornicza fest, dass sich seit dem nicht viel geändert habe. Es gebe weniger Fabriken und vielen Arbeitern fehle nach dem Bezahlen aller Rechnungen oft das nötigste zum Leben.

In Polen sind Lohnausfälle von drei bis sechs Monaten keine Seltenheit. Für Arbeitslose gibt es nur ein Jahr Arbeitslosengeld in Höhe von ca. 100 Euro. Die Sozialhilfe, die sich daran anschließt ist kein einklagbares Recht, sondern liegt im Ermessen bzw. den Möglichkeiten der jeweiligen Stadt bzw. des Kreises. Viele Arbeiter werden sofort entlassen, wenn sie Streiks organisieren, sich gegen Übernahmen von Firmen (die teilweise noch in Gewerkschaftseigentum sind) einsetzen oder sich anderweitig für Rechte von Arbeitnehmern einsetzen. Deshalb hat sich am 21. Januar 2006 das Komitee zur Hilfe und Verteidigung von Repression betroffener Arbeiter (KPiORP) gegründet und für einige auch schon die Wiedereinstellung per Gerichtsbeschluss erkämpft.

Dieses Komitee war auch auf dem Festival zum Maifeiertag in Ruda Slaska vom 28. – 30. April vertreten. Organisator war neben der PPP, KPP, PPS, APR „Racja“ auch die Zeitschrift „Nowy Robotnik“ (Neuer Arbeiter), die vielen linken Diskursen aus Polen und anderen Ländern Raum bietet und auch Kooperationspartner von *lavka.info* ist. Eingebettet in ein Kulturprogramm mit Musik, Tanz,

Kabarett und Film gab es politische Diskussionsveranstaltungen. Eine davon beschäftigte sich mit der Linken in Deutschland, wobei der Schwerpunkt auf den Parteibildungsprozess der neuen Linkspartei gelegt wurde.

Am 1. Mai nahmen ca. 800 Personen – das neue Springerblatt „Dziennik“ sprach sogar von beinahe 2.000 – an der Demonstration in Dabrowa Gornicza teil. Angeführt wurde die Demonstration von einer Bergarbeiterkapelle. Auf dem Platz der Freiheit wurde eine Gedenktafel, gewidmet den Helden der Roten Fahne enthüllt. Auf der anschließenden Kundgebung sprachen Boguslaw Zietek (Vorsitzender der PPP und der Gewerkschaft *Sierpion 80*), Marcin Slawomir Klos (PPS), Daniel Ptaszek (Racja), Marian Indelak (KPP), Zbigniew Podraza (SLD) sowie Marek



Dul (DPL). Auch mir wurde die Möglichkeit gegeben, etwas über die Linkspartei und die European Left Party zu sagen. Zietek hielt der Parlamentarischen Linken (gemeint ist die SLD) vor, sich nur einmal im Jahr an die Arbeiter zu erinnern – nämlich während der Kundgebungen zum 1. Mai. Er erinnerte an den siegreichen und europaweit größten Hüttenstreik in Katowice, der durch *Sierpion 80* organisiert wurde. „Heute gibt es in Dabrowa Gornicza weder ein Bergwerk noch eine größere Firma, die in den Händen des Staates ist.“ betonte er.

Das polnische Parteienspektrum ist ständig in Bewegung: Die heutige Regierungspartei PiS gab es vor wenigen

Jahren noch gar nicht und die ehemalige Regierungspartei AWS ist in der Versenkung verschwunden. Die einzige Konstante ist die SLD, die als Sammelbecken der linken Kräfte schon zwei Regierungen und einen Präsidenten gestellt hat. Allerdings ging sie den Weg der deutschen Sozialdemokratie bzw. von New Labour, indem sie mit dem Hausnerplan ein den Hartz-Gesetzen ähnliches neoliberales Reformwerk durchsetzte. Außerdem ist sie schon in der sozialdemokratischen Europäischen Sozialistischen Partei organisiert und kommt deshalb als Partner für die Linkspartei im Rahmen der European Left nicht in Frage. Links der SLD gibt es zum einen die Polnische Partei der Arbeit (PPP), die sich aber erst seit 2000 zur polnischen Linken zählt. Sowohl ihr Vertreter, als auch der Vorsitzende der antiklerikalen Fortschrittspartei *Racja Kazimierz Zych* zeigten Interesse an weiteren Kontakten mit der Linkspartei. Die älteste polnische Partei, die

Polnische Sozialistische Partei, die von einem „polnischen Sozialismus“ redet, möchte über ihre Jugendorganisation Beobachter der European Left werden. Desweiteren gibt es die eher kleine und traditionalistische Kommunistische Partei Polens (KPP), die *Nowa Lewica* (Neue Linke) und die Demokratische Partei der Linken (DPL). Vor den letzten Sejm-Wahlen gab es den Versuch, die linken Kräfte in der *Unia Lewicy* (Union der Linken) zu bündeln, der aber gescheitert ist. Optimistisch stimmt aber, dass bei vielen Linken der Wille zu einer Einigung da ist und dass mit großem Interesse auf den Vereinigungsprozess der Linkspartei mit der WASG geschaut wird. *Markus Heide*

Für eine emanzipatorische und sozialistische Politik – nicht nur an Leipziger Hochschulen Die Linke Hochschulgruppe Leipzig

„Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muss man die Umstände menschlich bilden.“ Dieses Zitat von Karl Marx beschreibt den Anspruch, den sich die Linke Hochschulgruppe Leipzig gesetzt hat.

Für uns bedeutet das, dass nicht nur hochschulpolitische Bereiche wie zum Beispiel Studiengebühren und Demokratisierung der Hochschulen zum Schwerpunkt unserer Arbeit zählen dürfen, sondern auch Themen wie Friedenspolitik, Neoliberalismus und Antirassismus.

So beteiligten wir uns bereits an zahlreichen politisch breit gefächerten Aktionen. Wir nahmen an den Demonstrationen gegen Studiengebühren in Dresden und in Halle teil, sowie an der Großdemonstration gegen die Bolkestein-Richtlinie in Straßbourg. Wir arbeiteten im Bündnis „1. Mai“ mit, dass durch friedliche Sitzblockaden die Nazi-Demonstration aufhalten konnte. Als Ende März die NATO russische Antonows auf dem Flughafen Leipzig stationierte, war die Linke Hochschulgruppe Leipzig ebenfalls vor Ort.

Für das laufende Semester planen wir zudem eigene Veranstaltungen zum Thema kritische Wissenschaften, den Iran Konflikt und die Problematik von Burschenschaften. Auch der andauernde Kampf gegen Studiengebühren, sowie die Novellierung des sächsischen Hochschulrahmengesetzes beschäftigen uns. Es gilt Verbündete zu finden

und Netzwerke zu bilden um so eine breite Mobilisierung zu erreichen. Doch zuerst eine kleine Vorstellung unserer Gruppe:

Die Linke Hochschulgruppe Leipzig wurde im Jahre 2000 unter dem Namen „SozialistInnen“ als PDS-nahe offene studentische Vereinigung gegründet. Seit November des vergangenen Jahres ist sie wieder unter neuem Namen an der Universität Leipzig mit zurzeit 10 Mitgliedern aktiv. In ihr arbeiten Mitglieder und Nichtmitglieder der Linkspartei, StudentInnen aus den unterschiedlichsten Fachbereichen u. a. Jura, Geschichte, Biochemie und Politikwissenschaften aktiv mit. Jede und jeder ist herzlichst zur Mitarbeit eingeladen.

Außerdem engagieren sich unsere Mitglieder in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen. Sie sind im StudentInnenRat (StuRa) der Uni Leipzig, Delegierte des Bundes- sowie Landesparteitages, Stipendiaten der Rosa-Luxemburg-Stiftung und auch im Leipziger Stadtrat tätig.

Für die Hochschulen in Leipzig wünschen wir uns eine zunehmende Repolitisierung und bessere Partizipationsmöglichkeiten der StudentInnen. Gerade zu Zeiten des fortschreitenden Neoliberalismus sehen wir in der Linkspartei die einzige Alternative, den herrschenden Konsens zu durchbrechen und die soziale Frage in den Mittelpunkt der Politik zu rücken. Wir sind der Auffassung das solch eine emanzipa-

torische Politik den Rahmen der Hochschule sprengen muss und eine gesamtgesellschaftliche Perspektive einnehmen sollte um so der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegen zu wirken. Neoliberale Projekte wie die Agenda 2010 oder die Bolkestein-Richtlinie rücken daher ebenso in den Fokus unsere Aufmerksamkeit, wie Fremdenfeindlichkeit, der Iran-Konflikt aber eben auch Studiengebühren.

Im hochschulpolitischen Bereich wirken unsere Mitglieder bereits vielseitig mit. Sie sind sowohl im StuRa als auch in den Fachschaften der Fakultäten tätig. Bundesweit ist die Linke Hochschulgruppe mit anderen linken Gruppen vernetzt, wie zum Beispiel im Hochschulgruppennetzwerk der Linkspartei und im Bündnis linker-radikaldemokratischer StudentInnen (LiRa). Für die Zukunft haben wir uns noch Großes vorgenommen. So wollen wir auch weiterhin für ein gebührenfreies Studium kämpfen, ebenso für studientauglichere und sozialverträglichere Rahmenbedingungen während und nach dem Studium, sowie für die Demokratisierung und Dezentralisierung universitärer Entscheidungen. Interessenten an unserer Arbeit bzw. der Mitgliedschaft in unserer Gruppe sind herzlich dazu eingeladen zu unseren wöchentlichen Treffen jeden Donnerstag 19:00 Uhr im Linxxnet (Bornaische Str. 3d) vorbeizuschauen oder unseren Webauftritt (<http://www.linke-hsg-leipzig.de>) zu besuchen. Per e-mail sind wir unter linke-hsg-leipzig@gmx.net zu erreichen.

Die Linke-Hochschulgruppe Leipzig



14. Februar 2006: Anti-Bolkesteindemonstration in Straßbourg

Da sind wir aber immer noch...

Trotz aller Unkenrufe, die WASG hat einen wichtigen und lebhaften Parteitag hinter sich gebracht. Und auch danach ist sie noch da. Dies ist eine der wichtigsten Botschaften, die von Ludwigshafen ausgingen.

Mit Zwei-Drittel-Mehrheit hat der Parteitag den Leitantrag des Bundesvorstandes angenommen; da fiel selbst so manchem hartgesottenen Vorständler durchaus ein gewichtiger Stein vom Herzen. Denn der Leitantrag bestätigte das sagemuwobene und umstrittene Kooperationsabkommen III des Bundesvorstandes mit der Linkspartei.PDS zur Weiterführung des Parteineubildungsprozesses. Dass dies selbstverständlich wäre, glaubte niemand. Dennoch war zu spüren, dass auch die Kritiker des Bundesvorstandes bereit waren, dem Prozess zur Herausbildung einer gesamtdeutschen

Linken einen gemeinsamen Impuls zu verleihen. Weit schwieriger hingegen verhielt es sich mit der praktischen Umsetzung. Einerseits der Leitantrag – auch mit der Verhinderung konkurrierender Wahlantritte – andererseits Berlin. Und so brach sich manche Emotion auch Bahn. Verständlicherweise, denn in Berlin kann und muss nur durch eine offene und ehrliche Evaluation der Politik des rot-roten Senats eine gemeinsame Plattform für die Abgeordnetenhauswahlen entstehen. Der bisherige Umgang miteinander führt gewiss in die Irre. Die einander „Gurkentruppe“ und „Neoliberale“ Zeihenden müssen auf politischer Grundlage einen Weg aus der Sackgasse finden. Dies ist ihnen aber nicht allein zuzumuten. Die Bundesvorstände beider Parteien sind gefordert, schnell und rigoros Wege abseits der vom Parteitag ausgeschlos-

senen administrativen Maßnahmen für eine gemeinsame Kandidatur in Berlin zu finden.

Versöhnlich wurde der Parteitag trotz hoher Wogen, als es um die Mindestlohnkampagne ging. Sie wurde denn auch bei wenigen Enthaltungen und zwei Gegenstimmen auch für die WASG bestätigt.

Für alle ein Wermutstropfen ist der Rückzug Sabine Lösings, Joachim Bischoffs und Björn Radkes aus dem Bundesvorstand.

Insbesondere Bischoff und Radke gelten als intellektuelle Schwergewichte, deren Lücke nur schwer zu füllen sein wird. Doch sie haben sich an anderer Stelle bereits zu Wort gemeldet, für die WASG und ihren pluralistischen Grundansatz. Und auch das ist gut so.

Die kommenden Wochen und Monate bis zum Bundesparteitag im Herbst werden spannend und mit Sicherheit eine arbeitsreiche Zeit... *E. Stange*

Wider der Illusion eines Sozialstaates

Eine thesehafte Entgegnung auf den Artikel „Der deutsche Sozialstaat“ von Ralf Stautenberg, Mitteilungsblatt 4, April 2006

Ohne Frage ist der Tatsachenbeschreibung der sozialen Ungleichheit der BRD-Gesellschaft voll zuzustimmen. Doch das Resümee, das auf den Nenner gebracht lautet: bei mehr Sozialstaat würde der Ruf nach Sozialismus geringer, ist in seiner scheinbaren Logik kritisch zu hinterfragen. Erstens stellt sich die Frage, ob es in der BRD, wie überhaupt in den entwickelten kapitalistischen Ländern, je einen Sozialstaat als solchen gab? Und zweitens, ob es eine Alternative Sozialstaat oder Sozialismus gibt?

Fragen, die für eine linke Partei, die sich auf den Weg der Fusion mit einer ebenfalls linken Partei ein neues Programm geben wird, von substanzieller Bedeutung ist.

Durch den Aufbauboom nach dem 2. Weltkrieg und der vollen Durchsetzung der fordistischen Massenproduktion, besonders im Konsumgüterbereich, war es möglich sozialstaatliche Regulierungen zu treffen. Diese Möglichkeit wurde nicht zuletzt in Erinnerung an die revolutionären Nachkriegskrisen der 20. Jahre sowie der Existenz der frühsozialistischen Staaten durch die herrschende Klasse realisiert. Wir haben es hier im Wesen mit einem asym-

metrischen Klassenkompromiss seitens der Bourgeoisie zu tun, den ökonomisch die Profitrate ermöglichte und der politisch ratsam war.

Ideologisch wurde und werden durch die Begriffe „Wohlfahrtsstaat“, „Sozialstaat“, „soziale Marktwirtschaft“ der Klassencharakter des Staates verschleierte und Illusionen bei den Werktätigen genährt.

Verschwiegen wurden dabei auch die Ströme von Schweiß und Blut, die die Menschen in der dritten Welt dafür mit vergießen mussten.

Natürlich sind sozialstaatliche Errungenschaften zu würdigen und zu verteidigen. Sie aber in den Rang des Wesens eines Staates zu heben, wie es die Sozialstaatstheoretiker bzw. -politiker tun, bedeutet das Klassenwesen des Staates zu negieren und sich der Erkenntnis zu verschließen, dass entsprechend dieses klassenbedingten Wesen bei veränderten ökonomischen Bedingungen die Bourgeoisie sehr schnell die sozialen Errungenschaften zur Disposition stellt. Wir können es fast täglich registrieren.

Mit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte, besonders der 3. industriellen Revolution in der zweiten Hälfte

des 20. Jahrhunderts (z.B.: Automatisierung, Computertechnik, Mikroelektronik) erschöpft sich mehr und mehr die Möglichkeit der Profiterwirtschaftung. Das liegt darin begründet, dass sich der Anteil an lebendiger Arbeit, der letztlich die Quelle des Mehrwertes und damit auch des Profits ist, mit diesen Produktivkräften reduziert. Der einzige Ausweg ist eine verstärkte Ausbeutung (Arbeitszeitverlängerung, Lohnkürzungen, Minijobs, sozial ungeschützte Arbeitsplätze, Produktionsverlagerungen ins Ausland – um nur einige zu nennen), profitorientierte Privatisierungen, Finanzspekulationen, Konzernfusionen mit anschließender „Filetierung“ und eben die Zerschlagung der sozialstaatlichen Errungenschaften.

Dieser ökonomische Zwang führte Anfang der 80iger Jahre zu den konservativen Regierungen mit ihren Angriffen auf die sozialen Errungenschaften und der Durchsetzung des Neoliberalismus. Raegonomismus und Thatcherismus sind die politischen Begriffe dabei. Der anschließende Wechsel zu sozialdemokratischen Regierungen konnte daran nichts ändern, ganz im Gegenteil: Tony Blairs „New Labour“ und Schröders „Agenda 2010“ forcierten diesen Prozess. Die sozialen Proteste in Frankreich oder die gegenwärtigen Streiks in der BRD sind aktuelle Beispiele

le des Abwehrkampfes gegen diesen stetigen Sozialabbau.

Wir haben es also mit einem objektiven Prozess der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zu tun. Das sozialstaatliche Regulierungsmodell der kapitalistischen Gesellschaft war ein Ergebnis eines singulären historischen Abschnittes seiner Entwicklung und als solcher ist er Geschichte. Deshalb ist eine Rückkehr zu den sozialstaatlichen Errungenschaften, wie z.B. denen in der Qualität der 70. Jahre in der BRD, unter privatkapitalistischem Eigentum im 21. Jahrhundert nicht

mehr möglich! Das ist keine Negierung des Kampfes um soziale Verbesserungen bzw. des Abwehrkampfes gegen Sozialraub, sondern die Frage, wie diese Kämpfe mit einer realistischen Perspektive verknüpft werden können? Diese Perspektive ist nicht ein „Sozialstaat“, den es als solchen über den Klassen schwebend nie gab. Die Perspektive kann nur die Überwindung des Klassenstaates der Bourgeoisie sein, der entsprechend der kapitalistischen Globalisierung immer weiter eine Umverteilung des Reichtums, der ja nicht weniger geworden ist, von unten nach

oben vornehmen muss, um im globalisierten Konkurrenzkampf seiner Finanzoligarchie ein Überleben zu sichern, die aber gleichzeitig als Teil der Macht des internationalen Finanzkapitals agiert. Entsprechend dieser Entwicklung sind auch die nationalstaatlichen Rezepte der Sozialstaatstheoretiker bzw. -politiker kritisch zu hinterfragen, um uns ebenfalls auch hier vor Illusionen zu bewahren.

*Siegfried Kretzschmar, Vorsitzender
des Marxistischen Forums Leipzig*

Zunehmender Bearbeitungsstau bei Widersprüchen zu Hartz IV-Bescheiden – weitere Personalaufstockung und organisierter Erfahrungsaustausch dringend erforderlich

Seit der Einführung von Hartz IV hat es in Leipzig mittlerweile ca. 20.000 Widersprüche gegen Bewilligungsbescheide zum Arbeitslosengeld II gegeben. Wie aus der Leipziger Volkszeitung hervorgeht, gehen täglich mehr Widersprüche ein als bearbeitet werden, so dass der Berg unerledigter „Fälle“ weiter anwächst. Hinzu kommen fast 1.000 Klagen beim Leipziger Sozialgericht.

Die Misere, in der sich die Leipziger ARGE, aber nicht nur diese, befindet, ist seit langem bekannt. Bereits Mitte vergangenen Jahres hatte die Linkspartei im Stadtrat einen Antrag durchgesetzt, der eine dringende personelle Aufstockung der Widerspruchsstelle der ARGE verlangte. Offensichtlich ist dieser Antrag nur unzureichend umgesetzt worden. Deshalb fordern wir eine Verdopplung des Personalbestandes der Widerspruchsstelle. Dies auch vor

dem Hintergrund, dass die Angleichung des Regelsatzes auf 345 Euro per 1. Juli zu weiteren Schwierigkeiten führen dürfte. Noch wesentlich angespannter könnte sich die Situation bei der Bewilligung der Kosten der Unterkunft und Heizung vor dem Hintergrund erheblicher Preissteigerungen bei Fernwärme, Wasserversorgung oder Müllentsorgung gestalten, so dass eine weitere Zunahme der Zahl von Widersprüchen nicht auszuschließen ist.

Bei alledem kann die Flut der Widersprüche nur für jene überraschend kommen, die Hoffnungen in Hartz IV gesetzt haben. Selbst konservative Politiker müssen nunmehr einräumen, dass Hartz IV gescheitert ist, weil keines der ursprünglich anvisierten Ziele erreicht wurde. Die Linkspartei, die von Anfang an gegen Hartz IV war, bleibt bei ihrer Grundsatzposition, dass diese Gesetzlichkeit so schnell wie mög-

lich wieder abgeschafft werden muss. Solange es dafür aber keine parlamentarischen Mehrheiten gibt, müssen wenigstens die schlimmsten Auswirkungen auf die Betroffenen beseitigt werden. Wir brauchen daher auch und gerade in Leipzig diesbezügliche gemeinsame Anstrengungen von Parteien, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden. Wenig hilfreich ist deshalb das immer wieder aufflammende Gefasel aus CDU- und FDP-Kreisen nach einer Abschaffung der ARGE. Obwohl dies rechtlich gegenwärtig überhaupt nicht möglich ist, würde es eher noch mehr Schwierigkeiten für die Mitarbeiter und die Leistungsberechtigten bringen. Viel sinnvoller wäre es deshalb, ein Netzwerk des Erfahrungsaustausches zu schaffen, um Ursachen der Widerspruchsflut möglichst abzustellen. Ganz offensichtlich erfüllt gegenwärtig der Beirat der ARGE diese Voraussetzung nicht.

*Dr. Dietmar Pellmann
sozialpolitischer Sprecher*

Anfragen der Linksfraktion.PDS an den Oberbürgermeister in der Ratsversammlung am 17. Mai 2006

Zur Genehmigung der Aufzüge der Neonazis Hupka und Worch am 1. Mai in Leipzig fragen wir:

1. Weshalb wurden die Aufzüge von Hupka und Worch durch die Stadt Leipzig genehmigt, obwohl sich die Situation z. T. durchaus von der vorangegangener Jahre unterschied?
2. Ist eine Nichtgenehmigung überhaupt erwogen worden?
3. Welche Überlegungen gibt es, um künftige und bereits avisierte neonazistische Aufmärsche in Leipzig von

vornherein zu verhindern?

4. Welche Rolle spielten bei der Genehmigung der Demonstrationsroute die seitens der Universitätsklinik gegenüber der Stadtverwaltung schriftlich geäußerten Befürchtungen? Weshalb wurde auf das entsprechende Schreiben offensichtlich nicht geantwortet?

Zur hausärztlichen Versorgung in der Stadt Leipzig fragen wir:

1. Ist Ihnen die geschilderte Situation bekannt?

2. Wie schätzt die Stadtverwaltung generell die hausärztliche Versorgungssituation in Leipzig ein?

3. In welchen Stadtteilen haben wir gegenwärtig eine erheblich unter dem Durchschnitt liegende Versorgungslage?

4. Wie wird sich die hausärztliche Versorgung bis 2010 entwickeln? Wie viele Hausärzte werden voraussichtlich in den Ruhestand gehen?

5. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, um im Zusammenwirken mit der Kassenärztlichen Vereinigung eine Stabilisierung der hausärztlichen Versorgung zu erreichen?

Regelmäßige Termine

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 15:00 Uhr und 18:30 Uhr

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

mittwochs, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Parteireform von unten

jeden 3. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, (Arbeitsberatung) und jeden 4. Dienstag, (thematische Veranstaltung, 18:00 Uhr

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

IG Wohnungs- und Mietpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Montag, 18:00 Uhr

Terminvorschau

Mi., 17. Mai 2006 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Zur gegenwärtigen Entwicklung in Lateinamerika. mit Prof. Dr. Helma Chrenko, Arbeitskreis Lateinamerika beim Bundesvorstand der Linkspartei. PDS, Berlin. Wir laden alle Interessenten recht herzlich ein. Veranstalter: OV-Messemagistrale. Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a

Do., 18. Mai 2006 - 17:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Zum gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozess in Albanien. Mit Prof. Dr. Erwin Lewin, Berlin. RLS.

Fr., 19. Mai 2006 - 19:00 Uhr

„Längeres gemeinsames Lernen!“ Diskussion zur sächsischen Schulpolitik. mit Julia Bonk, MdL; Eltern- und Schülervertretern. linxxnet.

Di., 23. Mai 2006 - 18:00 Uhr

Beratung der AG Soziale Politik. Thema der Veranstaltung ist das sog. „Optimierungsgesetz“ zum SGB II (Hartz IV). Es informiert Pia Witte, Projektleiterin Soziale Beratung und Betreuung beim Zentrum für Integration e.V., LHL.

Di., 23. Mai 2006 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Psychoanalyse und Marxismus. Zum 150. Geburtstag von Sigmund Freud. Mit Prof. Siegfried Kätzel und Prof. Walter Friedrich, beide Leipzig. RLS.

Di., 23. Mai 2006 - 19:00 Uhr

Diskussionsrunde: „Der Weg von BMW nach Leipzig“ mit Jens Köhler (Betriebsratsvorsit-

zender BMW), Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistr. 120.

Mi., 24. Mai 2006 - 19:00 Uhr

Diskussionsveranstaltung und Ausstellung zu Homophobie in Polen und Deutschland. Ursachen und gemeinsame Gegenstrategien. Mit Robert Biedron (Kampagne gegen Homophobie Polen) und Caren Lay (Mitglied des Sächsischen Landtages, Linksfraktion) im Rahmen des CSD Leipzig, linxxnet.

Fr., 26. Mai 2006 - 18:00 Uhr

„Unterm Dach“ - Literaturcafe am Freitag: „Vorlesen & Zuhören“ Offener Lektüre- und Gesprächskreis. Veranstalter: AG LISA, LHL.

Di., 30. Mai 2006 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Wirtschaftswachstum im Zeichen von Globalisierung und sozialer Spaltung. Mit Prof. Dr. Klaus Lange, RLS.

Mi., 31. Mai 2006 - 10:00 Uhr

Workshop: Im Schatten von „Tapetenwechsel“ und „Sputnik“-Verbot. Zur politischen Situation an den Hochschulen der DDR am Ende der 80er Jahre. Mit Prof. Dr. Werner Bramke, Leipzig, Prof. Dr. Clemens Burrichter, Berlin, Dr. Peer Pasternack, Berlin. Moderation: Dr. Wolfgang Girnus, Berlin. In Zusammenarbeit mit Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V., RLS.

Mi., 31. Mai 2006 - 18:30 Uhr

Buchvorstellung (unveröffentlichtes Manuskript) „Die der Teufel nicht holt – Eine Kindheit in Deutschland“. Mit dem Autor Rudi Benzin, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Do., 1. Juni 2006 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Die nächsten gemeinsamen Aufgaben zur Vorbereitung der Fusion der Linkspartei. PDS und WASG, LHL.

Mi., 7. Juni 2006 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: „zur gegenwärtigen Situation in der Ukraine und Weißrussland“ mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistr. 120.

Fr., 9. Juni 2006 - 18:00 Uhr

Podiumsdiskussion: Brauchen wir Kultur? Wenn ja, warum, wozu, für wen und in welchen Formen? Mit Dr. Luc Jochimsen, MdB Moderation: Dr. Monika Runge, MdL, RLS.

Mo., 12. Juni 2006 - 18:00 Uhr

Podiumsdiskussion: Zur WASG-Programmdiskussion. Mit Dr. Axel Troost, MdB. Moderation: Dr. Monika Runge, MdL, RLS.

Di., 13. Juni 2006 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Neue Trends in der internationalen Geschichtswissenschaft. Der Welthistorikerkongress in Sydney 2005. Mit Dr. Matthias Middell, Leipzig. In Zusammenarbeit mit der Lamprecht-Gesellschaft, RLS.

Do., 15. Juni 2006 - 17:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Faschismus und faschistische Bewegungen im Baltikum. Mit Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe, Freital, RLS.

Sa., 17. Juni 2006 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Gezeigt wird der Film: „Fidel & Che“. Der Eintritt ist frei, LHL.

Mi., 21. Juni 2006 - 14:00 Uhr

Stadtratssitzung, Neues Rathaus.

Impressum:

Herausgeber: Linkspartei.PDS Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18
homepage: <http://www.linkspar-tei-leipzig.de>, email: vorstand@linkspar-tei-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: GNN-Verlag Schkeuditz, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 6/2006 ist Donnerstag, 8. Juni 2006. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.